

## Pressemeldung

### Endlich Mut zur Pflegewende!

Zum Auftakt der Wahljahrs 2021 legt der Bundesverband wir pflegen e.V. Lösungen zur Entlastung und Stärkung pflegender Angehöriger vor

1 / 2

Berlin, 10. März 2021 | Soziale und finanzielle Absicherung für pflegende Angehörige, Entlastung der häuslichen Pflege und mehr Mitspracherechte in den pflegepolitischen Prozessen. Das fordert der Bundesverband *wir pflegen e.V.* in seinem Positionspapier „Mit uns, nicht über uns“.

In Deutschland werden über achtzig Prozent aller Pflegebedürftigen im häuslichen Umfeld gepflegt, zum Großteil ausschließlich von Angehörigen. Über 5 Mio. Menschen sorgen für pflegebedürftige Nahestehende aufgrund von Alter, Unfall, Krankheit oder Behinderung. Seit Jahren belegen zahlreiche Studien den kräftezehrenden Einsatz und die hohe physische und psychische Belastung von Angehörigen in der häuslichen Pflege.

„Die Corona-Pandemie hat die bereits prekäre Situation der häuslichen Pflege zum Brennpunkt der Pflegepolitik gemacht. Dort passiert zu wenig, um pflegende Angehörige wirksam zu unterstützen“, sagt Frank Schumann, Vorstandsmitglied bei *wir pflegen e.V.* „Die Wähler erwarten von allen demokratischen Parteien ein Bekenntnis zu einer gerechten und solidarischen Pflegewende. Eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ist eine notwendige gesellschaftliche Investition in die Pflege.“

#### Weniger Bürokratie, mehr Selbstbestimmung

Um für die Zukunft eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen und pflegende Angehörige zu entlasten, fordert *wir pflegen e.V.* den Ausbau der Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege und mehr Flexibilität in der Verwendung bestehender Angebote.

Einen wichtigen Lösungsansatz sieht *wir pflegen e.V.* in der Einführung eines Entlastungsbudgets, bestehend aus den Leistungen der Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege sowie dem Entlastungsbetrag und der Pflegehilfsmittelpauschale – ohne Kosteneinsparungen durch die Hintertür.

Zur sozialen und finanziellen Absicherung fordert wir pflegen e.V. zudem den Schutz vor Altersarmut und bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, zum Beispiel durch einen Lohnersatz, wie beim Elterngeld.

„Pflegerische Angehörige leisten eine Mammutaufgabe im Pflegealltag. Wer pflegt hat keine Zeit für den hohen bürokratischen Aufwand. Die unterschiedlichen Leistungstöpfe, Kombinationsmöglichkeiten, Fristen, Antrags- und Dokumentationspflichten überfordern viele Angehörige“, fasst Frank Schumann die Herausforderungen zusammen.

### Größere Mitspracherechte

Gute Pflege muss der Gesellschaft etwas Wert sein, betont *wir pflegen e.V.*, und sieht dabei Bund, Länder und Kommunen gemeinsam in der Pflicht. „Die oft prekäre Situation in der häuslichen Pflegeunterstützung kann sich nur verbessern, wenn die Stimmen der pflegenden Angehörigen in der gesamten bundesweiten, länderspezifischen und kommunalen Pflegeplanung vertreten sind“, heißt es in dem Papier.

2 / 2

Das Positionspapier steht hier zum [Download](#) bereit.

-----

### Pressekontakt

wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e.V.

#### *Kommunikation*

Sabina Strunk

Telefon: 0152.28576840

E-Mail: [medien@wir-pflegen.net](mailto:medien@wir-pflegen.net)

Vorstand

Frank Schumann

### Weitere Informationen

**wir pflegen e.V.** ist als bundesweite Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation die Stimme der pflegenden Angehörigen in Deutschland.

76,4% aller pflegebedürftigen Menschen werden familiär versorgt, mit einer durchschnittlichen Pflegeleistung von 63 Stunden / Woche. Pflegerische Angehörige brauchen eine starke Vertretung, die sich für spürbare Verbesserungen in Unterstützung und sozialrechtlicher Absicherung einsetzt und eine Mitbeteiligung in relevanten Pflegegremien einfordert.

Nähere Informationen über die Tätigkeiten und Schwerpunktthemen von **wir pflegen e.V.** finden Sie auf der Webseite [www.wir-pflegen.net](http://www.wir-pflegen.net).

